

Veranstaltung im Romerohaus in Luzern vom 3. März 2017

Frauenrechte – (k) ein Thema in der Politik?

Eröffnungsrede von Maya Graf, Nationalrätin BL und Co-Präsidentin alliance F

Geschätzte Damen und Herren

Noch vor zwei Jahren hätte ich die Frage meiner Eröffnungsrede – „Frauenrechte ein Thema der Politik?“ ganz klar mit einem Nein beantwortet – Frauen sind kein Thema mehr in der Politik. Kein Thema mehr in der Gesellschaft, auch bei jungen Frauen und Männern. Die Frauenorganisationen kämpfen mit Nachwuchsproblemen. Das Thema Gleichstellung löste Gähnen aus – auf gesetzlicher Ebene ist die Gleichstellung doch vollzogen! Von Feminisierung im Schulzimmer wird gar geredet und darüber, wie man sich endlich mal auch um die Männer kümmern müsse. Was ich allerdings wichtig fände...

Nun meine Damen und Herren,

bis vor kurzem hätten wir es auch nicht für möglich gehalten, dass die grösste Demokratie der Welt einen Milliardär zum höchsten Beschützer der wirtschaftlich und sozial Benachteiligten wählt. Und dass dieser bereits als Kandidat respektlos und demütigend über Frauen redet – und trotzdem gewählt wird. Da fragt man sich als Feministin schon, ob es denn in Wirklichkeit nicht etwa darum ging, dass selbst das fortschrittliche Amerika noch keine Frau im höchsten Amt haben wollte. Im Gegensatz zu Herrn Trump hätte sie immerhin einen Leistungsausweis, Anstand und Respekt gehabt und sich an die Gesetze gehalten.

Doch das wäre ungerecht gegenüber den vielen, vielen Frauen und Männern, die für Hillary Clinton gekämpft haben, und die nun gegen die Trump-Politik auf den Strassen sind. Ausserdem löst diese Präsidentschaft und der Vormarsch der Rechtsnationalen, leider auch in Europa, eine eigentliche Re-Politisierung bei den jungen Frauen und Männern aus: Sie werden sich plötzlich bewusst, dass sicher geglaubte Rechte für Teilhabe und Gleichberechtigung wieder zur Disposition gestellt werden.

Die Realität wird plötzlich wieder von Mauern bestimmt, aber auch schon seit vielen Jahren von gläsernen Decken. Denn wenn es um das Thema Frauen geht, gibt es zwei Ebenen. Die eine ist die „Schnellbleiche-Gleichberechtigung“, die einen Gegensatz bildet zur wirklichen Emanzipation. Letztere ist gerade deshalb nicht vor

Rückschlägen gefeit, weil man sich immer wieder mit der Schnellbleiche-
Emanzipation rechtfertigen kann. Die Gleichberechtigung steht zwar im Gesetz, ist
aber zum Beispiel nach wie vor kein Kriterium bei der Besetzung des Bundesrates
noch anderer Kaderpositionen in unserem Land. Aber die gesetzliche
Gleichberechtigung wird gern zum Ausbremsen benutzt, wenn es um ernsthafte
Veränderungen in der Wirtschaft und in der Gesellschaft zugunsten der Frauen geht.
Und ganz besonders wenn es um Macht und Besitz geht.

Oftmals erreichen diese Ausbremsmanöver aber genau das Gegenteil:
Gleichstellung ist zum Glück wieder zurück auf der politischen Agenda.

Diese Woche wurde sie in der Session sogar schon fast zum Dauerbrenner. Am Montag hat der
Ständerat die Istanbul-Konvention, also die Botschaft zum Übereinkommen des Europarats
genehmigt, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen und
häusliche Gewalt zu verhüten, zu verfolgen und zu beseitigen. Diese sog Istanbul-Konvention
ist – so bizarr es angesichts der aktuellsten Ereignisse in der Türkei klingen mag - ein
völkerrechtlicher Vertrag. Er schafft verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen und
häusliche Gewalt. Er trat am 1. August 2014 in Kraft und die Schweiz sollte diese Konvention
nun ratifizieren und umsetzen! Der Ständerat hat am 27.2.17 „Ja“ gesagt. Im Nationalrat wird es
schwieriger werden.

Am Dienstag dieser Woche diskutierte der Nationalrat die Altersreform 2020. Es ging unter
anderem auch um die bessere Absicherung von Frauen im Alter. Eine schwierige Sache, denn
wenn Frauen bereits beim Berufseinstieg 7-8% weniger Lohn als gleichaltrige Männer
bekommen, zementiert dies nicht nur die traditionellen Geschlechterrollen. Sondern es fehlen
den Frauen jährlich 7.7 Milliarden Franken, die wiederum in den Sozialversicherungen fehlen.
Teilzeit arbeitende Frauen sind deshalb oftmals unterversichert und erreichen keine
ausreichende Altersvorsorge für sich selbst. Die Altersarmut ist heute weiblich, das ist
unhaltbar. Die Frauen leisten noch immer 2/3 der unbezahlten Betreuungsarbeit.
Die Altersreform muss also Lösungen finden für die heutige Generationen von Frauen, die mit
Teilzeitarbeit und Betreuung in der 2. Säule nichts ansparen konnten, nun aber ein Jahr länger
arbeiten müssen. Und sie muss gleichzeitig den Systemfehler für die junge Generation im BVG
lösen, damit gleiche Leistungen, ob Teilzeit oder Vollzeit gleich gut versichert sind. Dies ist
genau eine der Krux in denen wir in der Beratungen der Altersreform 2020 zwischen National
und Ständerat in dieser Session Woche stecken.

Wir müssen vorwärts machen. Das Ernährermodell, dem wir gerade in der Schweiz noch immer tief verhaftet sind, muss weg. Dann nämlich reden wir von einem emanzipatorischen Fortschritt. Alles andere ist nur ein erneuter Fall von Scheingleichberechtigung.

Mit der tatsächlichen Gleichstellung hapert es enorm. Wir sind ein zutiefst patriarchalisches Land und vor allem die gleiche Teilhabe in der Arbeitswelt wird laut World Economic Forum auch in mehr als 80 Jahren für die Schweiz noch immer nicht erreicht sein. Aus der Genderperspektive ist die Schweiz mitten in Europa stehen geblieben. So hält sogar das World Economic Forum in seinem Gender Gap Report 2016 fest, dass die Schweiz keine Fortschritte zu verzeichnen hat. Im internationalen Ranking von 144 Ländern hat sie ihren Platz in den Top 10 an Nicaragua abgeben müssen. Das können wir uns gesellschaftlich und ökonomisch nicht leisten: Schliesslich vergeuden wir knapp über 50 Prozent unserer Ressourcen und unseres Erfahrungsschatzes.

Doch wie gesagt, es kommt seit einem Jahr tatsächlich wieder Fahrt in die Gleichstellungspolitik der Schweiz. Wir müssen nun hartnäckig auf allen Ebenen dranbleiben und gemeinsam kämpfen. Folgende Geschäfte sind in der politischen Pipeline. Ich stelle Sie Ihnen gerne kurz vor:

1. Zur Lohngleichheit hat der Bundesrat im Oktober 2016 beschlossen, eine Vorlage auszuarbeiten, die endlich den Verfassungsauftrag umsetzt, in Unternehmen mit mindestens 50 Mitarbeitern, alle vier Jahre Lohnanalysen durchzuführen. Die Botschaft wird vom Bundesrat im Sommer 2017 hoffentlich beschlossen und ans Parlament überwiesen. Die Widerstandsmaschinerie von Wirtschaftsseite allen voran EconomieSuisse ist bereits angelaufen.
2. Die Botschaft zur Aktienrechtsrevision mit Richtwerten für eine Geschlechterquote in Verwaltungsrat von 30% (5 Jahre) und in GL mit 20% (10 Jahre) nach dem sog. Comply or Explain Ansatz – wurde im Nov.16 verabschiedet. Sie kommt im Juni 17 in die Rechtskommission des Nationalrates.
3. Schliesslich kommen die Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung, rund 100 Mio. CHF befristet auf 5 Jahre am 14. März in den Ständerat.

Alle Vorlagen sind umstritten. Die Mehrheiten werden knapp sein, denn die Rechtsbürgerlichen und Konservativen haben im Schweizer Parlament leider die Mehrheit.

Dem Vaterschaftsurlaub ist es bereits so ergangen. Die moderate parlamentarische Initiative Candinas für 2 (!) Wochen Vaterschaftsurlaub wurde durch das Nein der bürgerlichen Parlamentsmehrheit gebodigt.

Deshalb hat allianceF zusammen mit TravailSuisse, männer.ch und Pro Familia den ausserparlamentarischen Weg gewählt und die Volksinitiative Papi-Zeit für 20 Tage Vaterschaftsurlaub lanciert. Wir können diese breit abgestützte Initiative, bei der wir einen Rekordstart in der Unterschriftensammlung realisieren konnten, im Sommer 2017 einreichen.

Die Bilanz respektive die Diskrepanz zwischen gesetzlicher und tatsächlicher Gleichstellung sind noch viel umfangreicher. Ein grosses Problem ist nach wie vor die Untervertretung der Frauen in der Politik und in den Medien sowie die noch immer stereotypischen Zuweisungen.

So heisst es immer, Frauen sollen in der Politik gefördert werden, doch in der SRF-Arena hatten beispielsweise im ersten Halbjahr 16 gerade mal 17% der Redezeit. Die Medien thematisieren zwar die geringe Anzahl der Kandidatinnen für den Nationalrat und fordern Frauenförderung. Wenn es aber hart auf hart geht, heisst es in der Arena oft: Männer im Ring, Frauen auf der Ersatzbank.

Die Männer im Ring haben etwa 4x mehr Redezeit. Addiert man die Zeiten der Frauen und Männer, so kommen wir bei der Arena auf einen sagenhaften Frauenanteil von 16.7%, halb so gross wie deren Vertretung im Parlament.

Dieser demokratisch höchst problematische Wandel korreliert negativ mit der Frauenvertretung in der Politik. Je mehr geschlechtsspezifische Zuschreibungen im Vordergrund stehen, desto weniger werden Frauen in Machtpositionen zu finden sein.

Wie real diese Verhältnisse sind, dokumentiert die Medienkonferenz der abtretenden Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf im Dezember 2016 exemplarisch: Sie bat die anwesenden Journalisten und die chronische Minderheit an Journalistinnen, nun doch wenigstens rückblickend über ihre erfolgreichen politischen Geschäfte im Bundesrat zu berichten. Über ihre Kleider und ihre Frisur sei ja in ihrer achtjährigen Amtszeit genug geschrieben worden.

Glauben Sie mir, viele Politikerinnen finden sich in dieser Aussage wieder.

Wissenschaftliche Studien belegen: „Während die Männer immer zuerst als Politiker behandelt werden, wird bei Frauen zunächst die Frau und erst danach die Politikerin betrachtet.

Fakt ist: Eine solche Diskriminierung entmutigt junge Frauen in die Politik einzusteigen und demotiviert sie Karriere zu machen. Als kleines Land mit einem grossen Bedarf an Fach- und Führungskräften können wir uns das nicht leisten. Wir sind eine moderne Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Mann und Frau sollten davon ausgehen können, dass Führungspersonen nach ihren Leistungen, ihren Fähigkeiten und ihrem Talent und nicht nach Vorurteilen und Stereotypen beurteilt werden.

Trotz gesetzlicher Gleichberechtigung besetzen Männer mehr als zwei Drittel der Parlamentssitze. Auch 45 Jahre nach der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts beträgt der Frauenanteil in den Eidgenössischen Räten aktuell: 15 Prozent im Ständerat (7 von 46 Sitzen, vor den Wahlen 2015: 9 Sitze) und 32 Prozent im Nationalrat (64 von 200 Sitzen, vor den Wahlen 2015: 62 Sitze). Damit hat der Frauenanteil im Nationalrat leicht zugenommen. Im Ständerat hat er abgenommen.

Wirkliche Emanzipation - meine Damen und Herren – sieht anders aus.

Sie sehen also, Frauen und vor allem Frauenrechte bleiben ein Thema in der Politik. Dieser Tage konnten wir als alliance F die Premiere des Films „Die Göttliche Ordnung“ in Bern feiern. Die Regisseurin Petra Volpe drückte es im Interview mit 10vor10 etwa so aus: „Es ist ein bisschen beschämend, für so ein reiches, gebildetes, fortschrittliches Land, dass man das Thema Frauen immer wieder so ein wenig unter den Teppich gewischt hat“.

Was Sie meint ist: Frauenrechte sind Menschenrechte. Wir müssen an den strukturellen Unterschieden arbeiten, um dieses Land zurück aus der Zone der Entwicklungsländer in Sachen Gleichberechtigung zu holen. Es geht konkret darum, die 80 Jahre Aufholzeit zu verkürzen, die uns das WEF attestiert hat.

Deshalb geht der friedliche Kampf um die tatsächliche Gleichstellung in allen Lebensbereichen weiter. Er wird von all den fortschrittlichen Männern unterstützt. Wir alle wissen, dass wir nur gemeinsam für die ganze Gesellschaft gute Lösungen

finden. Und diese werden besser, stärker und nachhaltiger sein, wenn beide Hälften der Bevölkerung ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihr Können einbringen.

Dass der Schwung da ist, auch von vielen jungen Frauen und Männern zeigen die von der Zivilgesellschaft aufgegleisten Aktionen wie am 8. März wo es heisst „We can't keep quiet.“ Und am 18. März wird es einen hoffentlich einen überwältigenden und grossen WomensMarch in Zürich geben. Die Hauptdarstellerin im „Die Göttliche Ordnung“ , Marie Leuenberger, drückt es so aus: „Wir sind wir. Wir müssen aufhören, uns über die Männer zu definieren.“

Tun wir das und gehen wir vorwärts - Herzlichen Dank für Zuhören.